

Schuldenbremse für eine nachhaltige Konsolidierung der öffentlichen Haushalte umsetzen

(Plenarsitzung vom 27.05.2009)

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke, Herr Kollege Becker. – Als Nächster spricht der fraktionslose Abgeordnete Sagel.

(Christian Lindner [FDP]: Becker ist 2020 in Pension!)

Rüdiger Sagel* (fraktionslos): Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Präsident! Zunächst muss man mal feststellen, dass der Finanzminister der SPD in Berlin auch der Finanzminister der CDU ist. Denn meines Wissens handelt es sich immer noch um eine Große Koalition. Von daher muss man konstatieren, diese Verschuldungspolitik wird im Konsens gemacht. Man kann sich nicht so leicht davon distanzieren, wie es gerade vom Kollegen Klein von der CDU versucht wurde.

Der nächste Punkt! Ich frage mich – ich hätte wohl auch besser Mittagessen gehen sollen wie viele andere Kolleginnen und Kollegen angesichts dieser absurden Debatte, die man gerade im Landtag erlebt –: Was soll eigentlich dieser Antrag? Wenn Sie Schulden bremsen wollen, dann machen Sie es doch! Ich weiß nicht, ob Sie es schon gemerkt haben: Sie sind in der Regierung. Sie haben die Möglichkeit, die Schulden tatsächlich zu bremsen, wenn Sie das wollen.

Fakt ist, Sie haben es nicht getan, sondern Sie haben die Schulden immer weiter erhöht. Man kann lange darüber debattieren: Wie viel, wie wenig, wie auch immer? Aber Fakt ist, Sie haben es getan – und das, wie das schon öfter hier gesagt worden ist, bei Rekordeinnahmen, wie wir sie im Land Nordrhein-Westfalen noch nie hatten. Das ist die Realität.

Die Realität ist aber auch, dass Sie sich über die Wahl retten wollen, besonders in Berlin. Ich habe mal den „Focus“ von dieser Woche mitgebracht, in dem unter der Überschrift „Finanzkrise – Wer rettet die Steuerzahler?“ Folgendes steht:

Mit immer neuen Hilfsprogrammen stemmt sich die große Koalition gegen den Konjunkturabsturz. Bei den Bürgern schlägt die saftige Rechnung der hektischen Manöver erst nach der Bundestagswahl ein.

Diese Politik machen Sie im Moment. Das ist das System der Selbstrettung. Sie versuchen sich selbst über die Wahlen zu retten. Das ist Ihre Politik. Die FDP macht sogar noch Steuersenkungsversprechen.

(Christian Lindner [FDP]: Wie die SPÖ in Österreich!)

Wie diese völlig missratenen Haushalte dann überhaupt konsolidiert werden sollen, ist noch eine ganz andere Frage.

Die Linke, für die ich hier spreche, hat sehr konkrete Vorschläge gemacht. Wir wollen den Spitzensteuersatz auf 53 % erhöhen. Wir wollen eine Millionärssteuer. Sie wird jetzt auch von 23 Millionären, wie ich vor ein paar Tagen in der Zeitung lesen konnte, unterstützt. 23 Millionäre haben eine Initiative gegründet und sagen: Jawohl, wir wollen diese Millionärssteuer. – Die wollen freiwillig bezahlen.

(Christian Lindner [FDP]: Die können spenden!)

– Hören Sie sich das an, Herr Lindner. Sie selber haben mit Ihrer Firma auch schon einen Konkurs hingelegt. Hören Sie sich das mal sehr genau an. Es gibt Millionäre, die gerne bezahlen wollen, weil sie meinen, etwas für diesen Staat tun zu müssen. Sie stellen nicht nur die Frage: „Was kann der Staat für mich tun?“, sondern sie wollen konkret etwas für den Staat tun.

Das ist genau das Gegenteil von dem, was Sie an Regierungspolitik in Nordrhein-Westfalen machen. Ich kann nur feststellen: Sie haben in der Finanzpolitik völlig versagt. Das ist leider die Realität. Die Steuerzahler und vor allem diejenigen, die am unteren Niveau der Einkommen liegen, und diejenigen, die gar keine Steuern zahlen, weil sie gar nicht dazu in der Lage, die vor allem Hartz-IV-Empfänger sind, werden letztendlich diese Rechnung bezahlen müssen, und zwar durch Kürzungspakete, die es nach der Bundestagswahl geben wird, und über Steuererhöhungen.

Diejenigen, die es eigentlich angehen sollte, nämlich die Spitzenverdiener, werden geschont. Bei der Erbschaftsteuerreform haben Sie auch schon die Chance verpasst, den Millionären, die das Geld überhaupt nicht verdient haben, den reichen Kindern von reichen Erben, das Geld aus der Tasche zu ziehen. Auch das haben Sie nicht gemacht. Das ist Ihre Politik, und das ist genau das Gegenteil von sozialer Politik.

Von daher kann ich nur sagen: Das geht völlig in die falsche Richtung. Dieser Antrag ist absurd, aber ich habe trotzdem einen Entschließungsantrag dazu gestellt, der in eine völlig andere Richtung geht. Aber der von Ihnen gestellte Antrag ist derartig absurd, wie man es kaum ausdrücken kann.

(Ewald Groth [GRÜNE]: Ich kenne den Antrag gar nicht! – Horst Becker [GRÜNE]: Ich auch nicht!)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Sagel. – Für die Landesregierung spricht noch einmal Herr Minister Dr. Linssen.